

JOCHEN WEICHOLD, HORST DIETZEL

# Bundestagswahl 2005: Wahlprogramme der Parteien im Vergleich

**In einer Zeit, in der 82 Prozent der Deutschen die Bundesrepublik in einer Krise sehen und mehr als die Hälfte der Bürger dieses Landes meinen, es werde uns in Zukunft schlechter gehen und wir werden auf vieles verzichten müssen, in einer Zeit, in der zugleich nur noch 10 Prozent der Bevölkerung den politischen Parteien vertrauen,<sup>1</sup> rüsten sich diese Parteien zum Wahlkampf. In einem beispiellosen Coup hatte Bundeskanzler Schröder am Abend der verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 vorgezogene Neuwahlen verkündet, die nun mit dem Segen des Bundespräsidenten am 18. September 2005 stattfinden werden.**

**Wir wollen hier untersuchen, mit welchen programmatischen Vorstellungen die politischen Parteien in Deutschland in diese Wahl gehen, und haben dazu die Wahlprogramme von CDU/CSU, FDP, SPD, Grünen und Linkspartei.PDS analysiert. Die Grünen haben ihr Wahlprogramm bereits am 10. Juli 2005 beschlossen. Die SPD hat am 4. Juli 2005 ein Wahl-Manifest vorgelegt, das noch auf einem Parteitag am 31. August 2005 die Zustimmung der Delegierten erhalten soll. CDU/CSU haben am 11. Juli 2005 ein Wahlpapier vorgestellt, das sie im kühnen Griff in die Zukunft »Regierungsprogramm 2005 – 2009« nannten und das Ende August 2005 abgesegnet werden soll. Die FDP hat ihr so genanntes »Deutschlandprogramm 2005« am 25. Juli 2005 nach einer Bundesvorstandsklausur der Öffentlichkeit präsentiert. Erst am 11. September 2005 soll ein Parteitag abschließend über dieses Wahlprogramm befinden. Die Linkspartei.PDS hat auf ihrem Sonderparteitag am 17. Juli 2005 den Entwurf ihres Wahlprogramms vorgestellt, das auf einem Parteitag am 27. August 2005 beschlossen werden soll.**

<sup>1</sup> Allensbach-Umfrage vom Juli 2005. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 20.07.2005.

Wir berücksichtigen bei unserer Analyse den Stand der Programm-Papiere von Ende Juli 2005. Im Rahmen dieser Analyse können wir nur die politisch relevantesten Fragen beleuchten: Wirtschafts- und Sozialpolitik (jedoch unter Einschluss der Aussagen zur Beschäftigungspolitik, zur Steuerpolitik und nicht zuletzt zu Ostdeutschland), Umweltpolitik, Bildungspolitik, Innenpolitik (vor allem Fragen der Bürgerrechte und der Demokratie) sowie Außen-, Sicherheits- und Europa-Politik. Ein Vergleich der Wahlprogramme mit der realen Politik der Parteien in der zu Ende gehenden Legislaturperiode würde den Rahmen dieser Analyse sprengen und kann daher an dieser Stelle nicht geleistet werden.

Der Umfang der Wahlprogramme fällt höchst unterschiedlich aus: Während *Die Grünen* das längste und detaillierteste Papier vorgelegt haben, ist das der *Linkspartei.PDS* am kürzesten und dürfte mit seinen knapp 25 Seiten am ehesten vom interessierten Wähler von vorn bis hinten gelesen werden. Die Wahl-Manifeste von *CDU/CSU*, *SPD* und *FDP* liegen vom Umfang her relativ dicht beieinander im Mittelfeld. Die Unterschiede in der Schwerpunktsetzung und im Umfang haben zur Folge, dass die Programme bei den einzelnen politischen Fragen nicht in derselben Weise in die Tiefe gehen, was einen Vergleich der Positionen der Parteien mitunter erschwert.

## Die Botschaften der Parteien

Die Bevölkerung bewegt in erster Linie die Frage, wie die Großprobleme des Landes gelöst werden können. Das betrifft in erster Linie die anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit, die trotz aller Versprechen nicht gesenkt wurde. Es betrifft die sozialen Fragen und die Zukunft der Kinder. Die Parteien reflektieren das. Der

Wahlkampf wird von diesen innenpolitischen Themen geprägt werden. Das widerspiegeln auch die Wahlprogramme. Das Problem »Arbeit« dominiert. Das trifft auf alle Parteien zu, auch auf *Die Grünen*, obwohl deren Kernthema die Ökologie ist. *Die Grünen* räumen dem Komplex Arbeit – Wirtschaft – Soziales in ihrem Programm erstmals höchste Priorität ein und verweisen die Ökologie auf den zweiten Platz. Die Texte der kleinen Parteien (*Grüne, FDP, Linkspartei.PDS*) sind weitaus akzentuierter verfasst als die der beiden großen Volksparteien. Während die *CDU/CSU* das »schwere Erbe von Rot-Grün« hervorhebt, um die Notwendigkeit des Wechsels zu unterstreichen, braucht die *SPD* zu Beginn einen besonderen Abschnitt, um die angeblichen Erfolge der Regierung Schröder nachzuweisen. Die *CDU/CSU* und auch die *SPD* behaupten, es gehe um eine Richtungsentscheidung. Die Programme unterscheiden sich aber nicht grundsätzlich. Sie gehen – nur abgestuft – in eine ähnliche Richtung.

Die *Union* meint, sie mache keine falschen Versprechungen, sondern nehme die Menschen ernst. Schaut man genauer hin, dann ist z.B. völlig unklar, wie das Modell der Gesundheitsprämie finanziert werden soll. Von einer »Leistungsgerechtigkeit« bei ihrem Steuermodell kann keine Rede sein. Der Slogan »Nicht bessere Verteilung des Mangels, sondern Rückkehr zu mehr Beschäftigung«, ist indirekt eine Absage an Verteilungsgerechtigkeit. Die Botschaft »Sozial ist, was Arbeit schafft«, nimmt Lohndumping in Kauf. Eine Steigerung der Nachfrage kann so nicht erfolgen.

Die *FDP* will sich als Steuersenkungspartei profilieren und allein schon dadurch die wirtschaftlichen und sozialen Probleme lösen. Hier haben wir es mit Neoliberalismus pur zu tun. Die *FDP* will sich darüber hinaus in Konkurrenz vor allem zu den *Grünen* als die Bürgerrechtspartei profilieren. Unter Kanzler Kohl hat sie gegenteilige politische Projekte mitgetragen.

Die *SPD* steckt in der tiefsten Glaubwürdigkeitslücke. Sie verteidigt einerseits die bisherige Regierungspolitik (Agenda 2010, Hartz IV) und will sich gleichzeitig als die soziale Alternative zu Schwarz/Gelb profilieren. Die Sozialdemokraten behaupten, sie hätten in der rot-grünen Koalition seit 1998 Deutschland wieder vorangebracht. Angesichts der gravierenden nicht gelösten Großprobleme formuliert die Partei: »Wir sind stolz auf das Erreichte... Deutschland ist mit der Sozialen Demokratie auf der Gewinnerstraße. Bundeskanzler Gerhard Schröder führt das Land in eine gute Zukunft.« Was der *SPD* bleibt, ist eine Angstkampagne vor Schwarz/Gelb, die angesichts der eigenen Defizite, ungläubwürdig bleiben muss. Das trifft auch auf die zunehmenden Angriffe gegenüber der *Linkspartei.PDS* zu, der sie unverantwortlichen Populismus und unbezahlbare Forderungen vorwirft.

*Bündnis 90/Die Grünen* meinen, es gehe um die Frage, ob das Land mit den *Grünen* in Richtung einer ökologisch-sozialen Erneuerung schreite, oder ob mit Konservativen und Liberalen der Rückwärtsgang eingelegt werde. Es gehe den *Grünen* um eine solidarische Modernisierung, nicht um eine kalte Modernisierung, wie das *CDU/CSU* und *FDP* im Geiste des blanken Neoliberalismus anstreben. Zum anderen betonen Die *Grünen* die ökologische Verantwortung. Eine moderne, zukunftsfähige Ökonomie sei ohne grüne Werte nicht mehr denkbar. Insbesondere bei der Arbeitsmarktpolitik (Hartz IV) suggerieren sie, dass sie aus den Fehlern der Regierungspolitik gelernt hätten. Die zum Teil deutlich anders akzentuierten Aussagen des Wahlprogramms sind aber eher zwei Tatsachen geschuldet: Zum einen geht die Partei davon aus, in die parlamentarische Opposition zu gehen. Zum anderen sind Korrekturen nach links dem Druck von Seiten der *Linkspartei.PDS* geschuldet.

Die *Linkspartei.PDS* will sich als die soziale und demokratische Alternative zur Politik der faktischen großen Koalition der vergangenen Jahre profilieren. *SPD, Grüne, CDU/CSU* und *FDP* böten nicht die Möglichkeit, zwischen verschiedenen politischen Richtungen zu wählen. Es handele sich hier um unterschiedliche Varianten der Politik des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben. Es sei aber möglich, die Einkommen der Menschen zu steigern und die Arbeitszeiten zu verkürzen. Öffentliche Daseinsvorsorge und Dienstleistungen seien zu verbessern. Der Staat müsse eine aktive Wirtschafts-, Sozial- und Ökologienpolitik betreiben. Mit gerechten Steuern sei das auch finanzierbar.

## Arbeit und Wirtschaft

In der **Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik** folgen *CDU/CSU* und *FDP* neoliberalen und angebotsorientierten Leitbildern. Die Senkung der Lohnkosten (besonders der Zusatzkosten), längere Arbeitszeiten, Abbau der Arbeitnehmerrechte, Kombi-Löhne und die Deregulierung des Arbeitsmarktes sind dabei für sie die entscheidenden Hebel, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Sie wollen die bisherige Regierungspolitik von Rot-Grün in diesem Bereich noch hemmungsloser fortführen. *SPD* und *Grüne* bekräftigen ihren bisherigen Kurs, nehmen aber einige wichtige Korrekturen vor. Die *SPD* will die Arbeitnehmerrechte erhalten und plädiert für angemessene Löhne. *SPD* und *Grüne* sprechen sich vorsichtig – aber nicht konsequent – auch für Mindestlöhne aus. Die *Linkspartei.PDS* fordert einen Mindestlohn von 1.400 Euro. Im Programm der *Grünen* finden sich Formulierungen über die Entlastung von Lohnnebenkosten durch die abgestufte Übernahme von Lohn-

nebenkosten durch den Staat und die Stärkung von Übergangsmärkten zwischen Markt und Staat, in denen vor allem Langzeitarbeitslose Arbeit finden sollen. *Die Linkspartei.PDS* unterbreitet hier einen viel konsequenteren Vorschlag: Sie will die Mittel, die bisher für das ALG II und für »Ein-Euro-Jobs« ausgegeben werden, zusammen mit Mitteln aus verschiedenen Förderprogrammen und aus der geforderten Vermögenssteuer in vollwertige versicherungspflichtige Arbeitsplätze umwandeln.

In der **Arbeitszeitpolitik** gehen die Positionen der Parteien weit auseinander. Die *CDU* spricht sich gegebenenfalls für eine Verlängerung der Arbeitszeiten aus. Die *SPD* will das nicht. *Die Grünen* können sich nicht zu einer klaren Aussage zur Arbeitszeitverkürzung durchringen. *Die Linkspartei.PDS* will die Gewerkschaften unterstützen, wenn sie Arbeitszeitverkürzungen vereinbaren. Vollen Lohnausgleich soll es zumindest für Beschäftigte mit geringem Einkommen geben. *Union* und *SPD* beschönigen die Lage in **Ostdeutschland**. Im Grunde haben sie den Osten abgeschrieben und keine neuen Ideen. Die *FDP* will gleich sämtliche sozialen und arbeitsrechtlichen Standards außer Kraft setzen, um dies später auf den Westen zu übertragen. *Die Linkspartei.PDS* fordert einen Neuanfang für Ostdeutschland in drei Punkten: Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage, Zukunft durch Innovation und Bildung sowie den Ostdeutschen mehr Stimme in Politik und Öffentlichkeit.

## Steuerpolitik

In der Steuerpolitik hat die *Union* Abschied von ihrer jahrelang vertretenen Losung genommen, die Steuern generell für die Bürgerinnen und Bürger zu senken. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftspolitisch in der gegenwärtigen Lage kontraproduktiv. Die Senkung des Spitzensteuersatzes, die Abschaffung der Steuerbefreiung bei Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit sowie die Senkung der Pendlerpauschale gehen in die gleiche falsche Richtung. Noch unsozialer sind die steuerpolitischen Vorstellungen der *FDP* (Dreistufenmodell und Senkung der Unternehmenssteuern). Ihre Position, niedrige Steuern seien das beste Arbeitsbeschaffungsprogramm, ist einfach zu schlicht. Die vorgesehene »Reichensteuer« der *SPD* ist reine Symbolpolitik und bedeutet keine grundlegende Änderung der Umverteilung von unten nach oben. *Die Grünen* wollen die Stabilisierung der Steuereinnahmen. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und andere durchaus nachzuvollziehende Forderungen bleiben unglaubwürdig, weil sie nahezu entgegengesetzt der bisherigen Regierungspolitik sind. Lediglich *Die*

*Linkspartei.PDS* strebt ein solidarisches Steuersystem an. Als einzige Partei verfügt sie über ein Steuermodell, das die Einnahmesituation der öffentlichen Hand deutlich verbessern würde: Wiedereinführung der Vermögenssteuer, höhere Einnahmen aus der Erbschaftssteuer, höhere Steuerzahlungen gewinnstarker großer Unternehmen, Reform der Gewerbesteuer, höhere Besteuerung hoher Einkommen u.a. Damit könnten viele arbeitsmarkt-, bildungs- und sozialpolitischen Projekte der *Linkspartei.PDS*, die angeblich nicht bezahlbar seien, finanziert werden.

## Sozialpolitik

Geradezu gegensätzlich sind die Positionen dazu, wie weiter mit **Hartz IV** umgegangen werden soll. Die *CDU/CSU* will Hartz IV nicht korrigieren, sondern optimieren. Die *SPD* will geringe Korrekturen vornehmen. Deutlichere Korrekturen wollen *Die Grünen*. (Beide Regierungsparteien haben Hartz IV in einer großen Koalition mit der *CDU/CSU* selbst durchgesetzt). *Die Linkspartei.PDS* schreibt »Weg mit Hartz IV«, setzt aber Prioritäten, was zuerst geändert werden muss. Sie fordert die Angleichung des Arbeitslosengeldes II auf mindestens 420 Euro in Ost und West (zusätzlich Kosten der Unterkunft), höhere Freibeträge für Ersparnisse vor allem zur Alterssicherung und eine deutliche Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten. Die Ablehnung unzumutbarer Arbeitsbedingungen dürfe nicht zum Verlust des Anspruchs führen.

Bei der **Kranken- und Pflegeversicherung** stehen sich die Konzepte von *CDU/CSU* (Gesundheitsprämie, kapital gedeckte Pflegeversicherung) und *FDP* (Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung zugunsten der Privatversicherung) einerseits und von *SPD*, *Grünen* und *Linkspartei.PDS* andererseits (Bürgerversicherung) gegenüber. Bei allen Unterschieden im Detail sollen in die solidarische Bürgerversicherung alle Bürgerinnen und Bürger, auch Selbständige, Beamte und Politiker, einbezogen werden. Auf Parität zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen beharrt nur *Die Linkspartei.PDS*. Sie will die private Krankenversicherung nur noch als Zusatzversicherung gelten lassen.

Wichtige Veränderungen im **Rentensystem** formuliert nur *Die Linkspartei.PDS*. Sie will eine Rente mit Grundbetrag (800 Euro) einführen, die Benachteiligung der ostdeutschen Rentner aufheben sowie mit einer Umwandlung der Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung alle Berufsgruppen (auch Selbständige, Freiberufler, Beamte und Politiker) erfassen und die Einnahmehasis verbreitern. Zusammen mit anderen Finanzierungsvorschlägen ist das bezahlbar. Am ehesten spekuliert die *CDU/CSU* mit einer Erhöhung des

gesetzlichen Renteneintrittsalters, ohne diese Forderung direkt zu erheben. Die *Union* will einen Kinderbonus als Beitragsermäßigung in der Rentenversicherung einführen.

## Umweltpolitik

In der **Umweltpolitik** zeigt sich ein unterschiedliches, ja gegensätzliches Herangehen der untersuchten Parteien. Die *Unionsparteien* begreifen Umweltpolitik lediglich als additive Aufgabe, der man sich nach Kassenlage zuwenden könne, und wollen den Umweltschutz zurückfahren. Dagegen sehen *Die Grünen* in der Verbindung von Ökologie und Ökonomie den Schlüssel zur Lösung der Zukunftsprobleme und setzen vor allem auf die Job-Potenziale, die in ökologischer Modernisierung liegen. Die *SPD* nimmt in der Umweltpolitik eine Mittelposition ein: Einerseits erkennt sie Möglichkeiten, die in einer Verbindung von Ökologie und Ökonomie liegen, andererseits ist sie in einer strukturkonservativen Klientelpolitik gefangen, die Umweltpolitik als Schönwetteraufgabe begreift. Die *FDP* setzt auch in diesem Politikfeld – dem Neoliberalismus verpflichtet – ganz auf den Markt, will angeblich »Markt und Umwelt versöhnen«, jedoch in Wirklichkeit erreichte Standards im Umweltschutz abbauen. *Die Linkspartei.PDS* will ähnlich wie *Die Grünen*, dass Ökonomie, Soziales und Ökologie in Einklang gebracht werden. Sie tritt für eine Energiewende, eine Verkehrswende und die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung durch Schadstoffe und Abfälle ein. Sie verfolgt eine Nachhaltigkeitsstrategie, in deren Zentrum sozial-ökologische Strukturreformen stehen müssten.

Von den Unterschieden im generellen Herangehen an die Umweltpolitik wird auch die Haltung der einzelnen Parteien in der **Energiepolitik** geprägt. Während *CDU/CSU* und *FDP* den Atomausstieg rückgängig machen wollen, halten *Die Grünen* und die *SPD* am vereinbarten Ausstiegsszenario fest. Dagegen will *Die Linkspartei.PDS* diesen Ausstieg verkürzen.

## Bildungs- und Familienpolitik

Alle Parteien räumen der **Bildungspolitik** einen hohen Stellenwert ein, setzen allerdings unterschiedliche Akzente. Während *CDU/CSU* und *FDP* am überkommenen gegliederten Schulsystem festhalten wollen, orientiert die *SPD* etwas verwaschen auf ein Schulsystem, das stärker auf Durchlässigkeit, Integration und individuelle Förderung ausgerichtet wird. Demgegenüber wollen *Die Grünen* und *Die Linkspartei.PDS* das dreigliedrige Schulsystem »überwinden« bzw. »ab-

schaffen«. *Die Linkspartei.PDS* möchte an seine Stelle eine integrative Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis Klasse 10 setzen.

Alle Parteien sind sich im Prinzip darüber einig, dass es großen Anstrengungen bedarf, um allen ausbildungsfähigen und -willigen jungen Menschen ein Ausbildungsangebot zu unterbreiten. Nur die Wege, die sie dazu einschlagen möchten, unterscheiden sich deutlich. *CDU/CSU*, *FDP* und *SPD* setzen hierbei auf den mit der Wirtschaft vereinbarten Ausbildungspakt. Eine **Ausbildungsplatzabgabe** wird von *CDU/CSU* und *FDP* abgelehnt, von der *SPD* nicht erwähnt. Demgegenüber verlangen *Die Grünen* eine Ausbildungsplatzumlage, falls der Ausbildungspakt nicht greift. Nur *Die Linkspartei.PDS* fordert klar und uneingeschränkt die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage.

Während nach Auffassung von *SPD* und *Grünen* das Erststudium gebührenfrei bleiben soll und *Die Linkspartei.PDS* **Studiengebühren** generell ablehnt, tritt die *FDP* für die Einführung von Studienentgelten ein. Die *Unionsparteien* schweigen in ihrem Wahlprogramm zwar zu diesem Thema, doch unionsgeführte Bundesländer wollen solche Gebühren erheben.

Ähnlich sieht es beim **Bafög** aus. *CDU/CSU* gehen in ihrem Wahlprogramm zwar nicht auf diese Frage ein, doch Spitzenpolitiker der *CDU* wie Annette Schavan wollen das Bafög abschaffen. Demgegenüber plädiert die *SPD* für den Erhalt des Bafög, *Die Grünen* wollen das Bafög zu einer elternunabhängigen Unterstützung ausbauen, und *Die Linkspartei.PDS* fordert eine ausreichende Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtungen, um einen sozial gleichen Zugang zum Hochschulstudium – unabhängig von der sozialen Herkunft – zu gewährleisten. Nach den Vorstellungen der *FDP* soll das Bafög in einem »Bürgergeld« aufgehen.

In der **Kinder- und Familienpolitik** legen *Die Grünen* und *Die Linkspartei.PDS* die Betonung auf die Förderung der Kinder, während *CDU/CSU*, *SPD* und auch die *FDP* den Akzent auf die Familie und deren finanzielle Besserstellung setzen. *Die Linkspartei.PDS* will gebührenfreie Kindertagesplätze für alle Kinder und einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an erreichen. Bei Beziehern von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe soll es keine Anrechnung des Kindergeldes mehr geben. Die Partei fordert, das Kindergeld von 154 auf 250 Euro zu erhöhen.

Die Umsetzung der Programmatik aller Parteien auf diesem Politikfeld würde bedeutend mehr finanzielle Mittel erfordern. Darauf geben die Programme nur sehr bedingt eine Antwort, zumal die einzelnen Bundesländer auf sich gestellt das nicht leisten können.

## Innenpolitik

In der Frage von **Bürgerrechten und Demokratie** zeigt sich ein tiefer Graben zwischen den *Grünen*, der *Linkspartei.PDS*, der *SPD* und selbst der *FDP* auf der einen Seite und *CDU/CSU* auf der anderen Seite. Während die erstgenannten Parteien die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie thematisieren, ist dies für die *Unionsparteien* kein Thema. Vielmehr laufen die von ihnen anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus. Im Gegensatz zu *CDU* und *CSU* räumen vor allem *Die Linkspartei.PDS* und *Die Grünen* in ihren Wahlprogrammen Vorstellungen zur Erweiterung von Bürgerrechten und zum Ausbau der Demokratie breiten Raum ein. *Die Linkspartei.PDS* fordert mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung (wie Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene). Demokratische Bürger- und Freiheitsrechte sind wie soziale Grundrechte für sie unverzichtbare Bedingung demokratischer Politik.

Während die *SPD* die ausstehende **Föderalismusreform** überhaupt nicht thematisiert, ist sie in den Wahlprogrammen von *CDU/CSU*, *FDP*, *Grünen* und *Linkspartei.PDS* ein wichtiges Thema. Mit der Reform wollen diese Parteien die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Länder erweitern. Während die *Unionsparteien* und die *FDP* mehr die Entzerrung von Machtverschränkungen, die Entflechtung von Verantwortlichkeiten und den Abbau gegenseitiger Blockademöglichkeiten im Auge haben bzw. die jeweils ausschließliche Gesetzgebungskompetenz von Bund und Ländern zur Regel machen möchten, liegt bei *Grünen* und *Linkspartei.PDS* der Fokus mehr auf der Stärkung der Parlamente in Bund und Ländern. Nach Auffassung der *Linkspartei.PDS* gehe es um mehr Demokratie, mehr Transparenz, mehr Bürgernähe sowie mehr Handlungs- und Gestaltungsraum für diejenigen, die den sozialen Problemen am nächsten sind.

Während in der **Migrations- und Flüchtlingspolitik** *Linkspartei.PDS* und *Grüne* in ihren Wahlprogrammen Deutschland als Einwanderungsland begreifen und die Lage von Flüchtlingen verbessern wollen, setzen *CDU/CSU* aber auch *SPD* auf Begrenzung von Einwanderung. Die *FDP* will hingegen die gegenwärtigen Regelungen zur Zuwanderung und zum Staatsbürgerschaftsrecht beibehalten. *Die Linkspartei.PDS* verteidigt das individuelle Grundrecht auf politisches Asyl. Sie fordert die Abschaffung von diskriminierenden Sondergesetzen und tritt für eine EU-weite Harmonisierung der Asyl- und Migrations-Politik auf der Basis menschenrechtlicher Standards ein. Sie verlangt ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht, das endgültig vom »Blutrecht« Abschied nimmt.

Angesichts der Gefahren, die von Fremdenfeindlichkeit und **Rechtsextremismus** für die Demokratie ausgehen, befassen sich die Wahlprogramme von *SPD*, *Grünen* und *Linkspartei.PDS* mit diesem Problem. Dagegen ist diese Frage der *CDU/CSU* keine Zeile wert. *SPD*, *FDP* und *Grüne* erklären (unterschiedlich nuanciert), sich bei der Prävention und Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu engagieren. *Die Linkspartei.PDS* fordert die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer, neonazistischer und nationalistischer Volksverhetzung und Gewalttaten sowie eine bessere Aufklärung über Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Wer sich gegen die Grundrechte in einer demokratischen Gesellschaft, gegen Freiheit, Gleichheit, Gewaltenteilung und gleiche demokratische Teilhabe stelle, der solle politisch und gegebenenfalls strafrechtlich bekämpft werden. *Die Linkspartei.PDS* will sich auch in Zukunft für breite Bündnisse zur Bekämpfung der extremen Rechten einsetzen.

## Außen-, Sicherheits- und Europa-Politik

In der **Außenpolitik** werden von *SPD* und *Grünen* einerseits und *CDU/CSU* und *FDP* andererseits gegensätzliche Akzente gesetzt. *SPD* und *Grüne* wollen ihre »selbstbewusste Außenpolitik«, die sie sich mit dem Blick auf das Nein zum Irak-Krieg der USA bescheinigen, fortsetzen. *CDU/CSU* und – mit Abstrichen – die *FDP* haben eine stärkere Gefolgschaft zu den USA im Auge. Für sie gehört die transatlantische Partnerschaft zum Kern der Staatsräson Deutschlands. *Die Linkspartei.PDS* setzt hingegen auf Abrüstung (auch einseitige Schritte), eine starke UNO und ein friedensorientiertes Europa und meint, mehr Sicherheit sei durch die Schaffung von mehr globaler Gerechtigkeit und dadurch zu erreichen, dass man sich der Vereinnahmung durch die USA entzieht.

In der **Europapolitik** setzen die *Unionsparteien* eher nationale Akzente und plädieren kaum verhöhnen für eine Verlangsamung oder gar einen Stopp der Erweiterung der EU und für eine Entschleunigung ihrer Integration in die Tiefe, ja sogar für ein Zurückdrehen der Integrationsschraube. Demgegenüber wollen *SPD* und *Grüne* sowohl die Erweiterungspolitik der EU fortsetzen als auch die Integration weiter vertiefen. Nach Meinung der *FDP* dürfe die von ihr befürwortete Vertiefung der Integration auf keinen Fall durch die Erweiterung der EU in Frage gestellt werden. *Die Linkspartei.PDS* will dagegen die Richtung der Entwicklung der Europäischen Union verändern. Sie will eine Europäische Union, die sozial und ökologisch nachhaltig wirt-

schaftet, sich gemeinsame Mindeststandards bei Löhnen, Steuern und Sozialleistungen gibt und konsequent zu einer nicht-militärischen Vereinigung wird.

Auf dem Gebiet der **Sicherheitspolitik** bleibt nach Auffassung der *Unionsparteien* Landesverteidigung die verfassungsmäßige Kernaufgabe der Bundeswehr als Wehrpflichtarmee. Die *FDP* will die Bundeswehr in eine »bedarfsgerechte und bündnisfähige« Freiwilligenarmee umbauen und ihre Ausrüstung und Bewaffnung umfassend modernisieren. Die *SPD* plant, den Umbau der Bundeswehr mit dem Ziel, Aufgaben der internationalen Krisenbewältigung wahrzunehmen, fortzusetzen und befürwortet militärische Auslandseinsätze. Nach Auffassung der *Grünen* darf die Bundeswehr international nur mit UN-Mandat eingesetzt werden. *Die Linkspartei.PDS* lehnt hingegen Kriegseinsätze deutscher Soldaten generell ebenso ab wie die Aufstellung europäischer Interventionsstreitkräfte. Sie profiliert sich damit als antimilitaristische Kraft.

## Politik-Linien

Der Vergleich der Wahlprogramme von *CDU/CSU*, *FDP*, *SPD*, *Grünen* und *Linkspartei.PDS* zur Bundestagswahl 2005 eröffnet den Blick auf die Positionen der Parteien hinsichtlich übergreifender Politiklinien, markiert die Nähe oder Ferne dieser Positionen auf diesen Linien und antizipiert sowohl mögliche Kooperationen miteinander als auch wahrscheinliche Auseinandersetzungen zwischen ihnen:

1. Auf einer Achse »*Neoliberalismus versus Sozialstaatsorientierung*« bilden *FDP* und *Linkspartei.PDS* die Antipoden. *CDU/CSU* liegen auf dieser Achse nahe bei der *FDP*, während *SPD* und *Grüne* programmatisch und im Gegensatz zu ihrer Politik der letzten sieben Jahre eher auf einer mittleren Position zu verorten sind, ja sich teilweise der *Linkspartei.PDS* nähern. Dies zeigt sich besonders in den Positionen zur Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik.

2. Auf einer Achse »*libertäre versus autoritäre Orientierung*« sieht das Bild anders aus. Hier bilden *CDU/CSU* auf der autoritären Seite den Gegenpol zu *Linkspartei.PDS* und *Grünen* auf der libertären Seite. Die *SPD* befindet sich auf dieser Achse in der Nähe von *CDU/CSU*, während die *FDP* nahe bei *Linkspartei.PDS* und *Grünen* liegt. Dies wird vor allem in der Innenpolitik – auf dem Politikfeld Bürgerrechte und Demokratie – deutlich.

3. Auf einer Achse »*nationale (und tendenziell nationalistische) Orientierung versus europäische Orientierung*« stehen die *Unionsparteien* auf der nationalen bzw. tendenziell nationalistischen Seite, wie sich dies in der Zuwanderungspolitik und in der Europapolitik deut-

lich zeigt. Dagegen befinden sich *Die Grünen* und *Die Linkspartei.PDS* auf der Seite der europäischen Orientierung. Während die *SPD* zumindest in der Zuwanderungspolitik mehr zu den Positionen von *CDU/CSU* neigt, profiliert sich die *FDP* eher europäisch. Gleichwohl tendiert sie dazu, anstelle eines deutschen Zauns eine EU-Mauer gegen andere Teile der Welt zu errichten.

Generell weisen die Programme von *Grünen* und *Linkspartei.PDS* die größte Schnittmenge auf. Ob diese Gemeinsamkeiten in der Opposition zum Tragen kommen, ist jedoch nicht sicher.

### Quellen:

Für die Aussagen der einzelnen Parteien wurden folgende Quellen herangezogen:

– für die *CDU/CSU*: *CDU/CSU: Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit. Regierungsprogramm 2005-2009*. Verabschiedet in einer gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstands der CDU und des Parteivorstands der CSU, Berlin, 11. Juli 2005.

– für die *FDP*: *FDP. Die Liberalen: Arbeit hat Vorfahrt. Deutschlandprogramm 2005*, [Berlin 2005]; *Wechsel-Lexikon. Deutschland von A-Z*, verantwortlich: FDP-Bundesgeschäftsstelle, Berlin [2005].

– für die *SPD*: *Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD*, [Berlin], 4. Juli 2005.

– für *Die Grünen*: *Bündnis 90/Die Grünen: Eines für alle. Das grüne Wahlprogramm* [Beschluss der 24. Ordentlichen BDK, 9./10. Juli 2005, Berlin], Berlin [2005] (redaktioneller Stand: 15.07.2005).

– für *Die Linkspartei.PDS*: *Die Linke.PDS: Für eine neue soziale Idee. Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005*. Vom Parteivorstand am 16. Juli 2005 beschlossener Entwurf, hrsg. vom Parteivorstand der PDS, Berlin [2005].

Die vollständige Fassung der Analyse der Wahlprogramme finden Sie unter: [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de). Berlin, 29. Juli 2005

### Autoren:

*Dr. sc. Horst Dietzel und Dr. sc. Jochen Weichold sind Mitglieder der AG Parteienbeobachtung an der Rosa-Luxemburg-Stiftung*